

Ich spreche heute für die AG Asylsuchende, die sich seit 2008 gegen die Diskriminierung von Geflüchteten im Landkreis einsetzt.

Seit 2016 kommen Menschen im IBZ, im Internationalen Begegnungszentrum, hier in Pirna zusammen, um gemeinsam voneinander zu lernen, eine gute Zeit zu haben, Ideen und Projekte zu entwickeln, auch mal unbequem zu sein und auszusprechen, was einige nicht wahrhaben wollen:

In Pirna ist Rassismus für Viele Menschen Alltag. Im Bus, auf der Straße, beim Einkaufen, in der Schule, auf der Arbeit...

Wir sind froh, dass das IBZ hier ein Schutzraum, ein Zuhause sein kann.

Das ist bitter nötig, denn die Rechten haben längst die Meinungshoheit in Pirna.

Die sind die sogenannte Mitte der Gesellschaft.

Das hören einige nicht gern, aber das ändert nichts daran.

Interessanterweise sind die Klagen der Leute, die bedauern dass Pirna als rechts und rassistisch angesehen wird lauter als derjenigen, die tatsächlich darunter leiden und die davon bedroht sind.

Aber Pirna ist nicht *nur* das:

Denn wir sind heute hier, weil wir für eine offene Gesellschaft der Vielen stehen.

Und wir fordern Vielfalt. Wir wollen gar keine Gleichmacherei, wie uns von konservativ bis rechtsradikal gerne vorgeworfen wird.

Wir wollen nur gleiche Rechte für Alle.

Das ist eine Selbstverständlichkeit, die Grundlage und gleichzeitig auch das unerreichte Ziel und Ideal einer demokratischen Gesellschaft.

Das Ideal der tatsächlichen Gleichberechtigung der Menschen als Grundlage allen Handelns - nennt es ruhig ideologisch, wenn ihr wollt.

Auf diese Ideologie sind wir stolz.

Ideologisch verblendet halte ich es dagegen, wenn die historische Realität geleugnet wird, dass Migration normal ist und seit jeher die Menschheitsgeschichte bestimmt.

Unnormal sind homogene Gesellschaften, oft nur mit Grausamkeit durchsetzbar, mit ethnischen Säuberung bis hin zu Vernichtung.

Das wollen wir nie wieder erleben müssen, nicht in Deutschland, nirgendwo. Dafür steht der Gedenktag am 27.01.

Nächsten Samstag legen wir nicht nur Kränze als Geste des Erinnerns und Gedenkens ab.

Wir sollen die Vergangenheit endlich ruhen lassen, heißt es von Rechts.

Keine Sorge, es geht gar nicht so sehr um die Vergangenheit:

Denn Erinnern heißt kämpfen - für die Gegenwart, für eine offene demokratische Gesellschaft hier und heute.

Gegen jeden Faschismus.

Nie wieder ist jetzt!

Dafür braucht es eine laute demokratische Mehrheit!

Es reicht nicht, nur dagegen zu sein, nicht die AfD zu wählen.

Wir müssen begreifen, dass die Aushöhlung von Menschenrechten uns alle betrifft. Und dass dies schon längst passiert und die AfD und andere Rechtsradikale hier nur die Spitze des Eisbergs sind.

Wir haben recht, uns über die Pläne einer Remigration von Millionen Menschen zu empören, dass ist nichts anderes als Vertreibung und ja, wieder ethnische Säuberung.

Aber die ständigen Debatten darüber, wer hier leben darf, wer sich dieses Recht verdient hat, wer dazu gehört und wer nicht, dass ist der Nährboden für diese menschenfeindlichen und rassistischen Forderungen, die der Rechercheverbund „correctiv“ aufgedeckt hat.

Wenn Respekt und Menschenwürde, ja wenn das Existenzrecht hier davon abhängig gemacht wird, wie nützlich die Menschen sind, sind wir schon mitten drin in der Entrechtung und Entmenschlichung.

Hier ist die Menschenwürde also doch nicht unantastbar, sie hat Voraussetzungen. Und wie diese Voraussetzungen aussehen, entscheiden andere: was bedeutet integriert, welcher Job ist systemrelevant, wann bist du ins nützlich?

Dieses Gedankengut ist Normalität in politischen und medialen Debatten und in unseren Köpfen.

Darum fordern auch CDU, FDP, SPD und Grüne eine Rückkehr offensive.

Und schämen sich nicht, nur 1 Woche nach dem Aufdecken der Deportationspläne der Rechten die schärfsten Einschränkungen der Rechte von Migrant*innen seit langem zu verabschieden.

Begründet wird dieses Armutzeugnis des Rechtsstaat mit wissenschaftlich längst widerlegtem Quatsch und Nazis hinterhergeplapperter Hetze. Begreift es endlich: Menschen flüchten nicht nach Deutschland wegen zu hoher Sozialleistungen.

Die Panikmache vor Migration, Abschottung und Abschreckung sind schon lange keine Politik der Rechten mehr, sondern aller Parteien - oder alle anderen Parteien haben längst Rechte Politik übernommen, je nachdem.

Längst klar ist auch, dass man damit keine einzige Wähler*in überzeugt, nicht die AfD zu wählen.

Das Gegenteil ist der Fall, mehr Menschen fühlen sich bestätigt und ermutigt, die AfD zu wählen.

Liebe demokratischen Parteien: ihr müsst nicht etwas harmloser klingenden Mist wie die AfD machen, ihr müsst das Gegenteil machen, nämlich Menschenrechtsbasierte Politik!

Aber nicht nur die Politiker*innen, wir alle müssen ins kritisch hinterfragen, wie wir Menschen bewerten, und wie wir Menschen nach Herkunft unterschiedlich bewerten.

Und allzu oft erwarten wir von zugewanderten Menschen oder solchen, bei denen wir es glauben, einen besonderen Beweis ihrer Berechtigung hier ihr Leben zu führen.

Diese Scheiße in unseren Köpfen ist Dünger für rechte Hetze und menschenverachtende Politik. Aber wir können sie loswerden und Erkenntnis ist der erste Schritt zur Besserung.

Wir müssen uns auch klar machen, dass wir alle bedroht sind.

Fast jede*r von uns kann zu migrantisch, zu queer, zu links, zu öko, zu religiös, zu atheistisch, zu feministisch, zu behindert, zu krank, zu dick, zu ungebildet, zu gebildet, zu geschieden, zu alt, zu künstlerisch, zu schräg und unkonventionell, zu arm, zu kritisch, zu unnützlich, zu anders und zu selbstbestimmt sein für ein autoritäres rechtes Regime.

Oder wollen wir wirklich so angepasst, so gleichgeschaltet, so homogen sein, wie sie uns haben wollen? Soll man die Augen vor allem Unrecht verschließen, nur damit man seine Ruhe hat?

Jetzt haben wir noch die Chance, so ein autoritäres rechtes Regime zu verhindern!

Wir können uns wehren und zeigen, welche Gesellschaft wir wirklich wollen und uns auch dafür einsetzen.

Nie wieder ist jetzt!